

A N F R A G E**betreffend Berggebietspolitik**

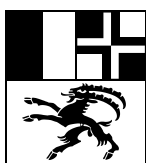
Die Publikation der Studien über potentialarme Räume hat in weiten Teilen unseres Kantons Unverständnis und Verunsicherung ausgelöst. Dies weil wichtige Eckpfeiler unserer bisherigen Berggebietspolitik in Frage gestellt werden. Es ist sehr wichtig, dass die Regierung rasch die Eckpunkte ihrer zukünftigen Berggebietspolitik festlegt. Diese dürfen die dezentrale Besiedlung und flächendeckende Bewirtschaftung unseres Kantons *nicht* in Frage stellen. Dies weil die zukünftige Entwicklung unserer Bergregionen entscheidend davon abhängig ist, ob die Regierung bereit ist, alles zu tun, um die dezentrale Besiedlung und die flächendeckende Bewirtschaftung zu stärken.

Die Regierung wird in diesem Sinne gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Teilt die Regierung die Auffassung, dass die dezentrale Besiedlung und die flächendeckende Bewirtschaftung unseres Kantons Voraussetzung dafür ist, um unseren Kanton auch in Zukunft als einzigartigen Lebensraum zu profilieren?
2. Teilt die Regierung die Auffassung, dass alles getan werden muss, um auch in Zukunft die heutige flächendeckende Bewirtschaftung unseres Kantons durch die Landwirtschaft sicherzustellen? Ist sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Landwirtschaftspolitik unseres Landes dieses Ziel wie in der Bundesverfassung festgelegt, ohne Einschränkungen garantiert?
3. Teilt die Regierung die Auffassung, dass die Erschliessung der besiedelten Gebiete eine wichtige Voraussetzung für die Sicherstellung einer dezentralen Besiedlung in unserem Kanton darstellt? Ist die Regierung bereit, sich für diese Erschliessung unabhängig von Gemeindefusionen auch in Zukunft mindestens im bisherigem Rahmen zu engagieren?
4. Ist die Regierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass die peripheren Gebiete unseres Kantons auch in Zukunft in den politischen Gremien wie den Grossen Rat angemessen vertreten sind und damit ihre Anliegen einbringen können?
5. Ist die Regierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinden finanziell so ausgestaltet werden, dass sie ihre Funktionen auch bei dezentraler Struktur aufrecht erhalten können? Teilt sie die Auffassung, dass Fusionen nur etwas bringen, wenn gleichzeitig Konzepte entwickelt werden, welche die Stärkung der peripheren Gemeinden sicherstellen? Welche konkreten Massnahmen sieht die Regierung hierfür allenfalls vor?
6. Ist die Regierung bereit, dem Grossen Rat raschmöglichst einen Bericht vorzulegen, in welchem ihre Strategie für eine zukunftsgerichtete Berggebietspolitik dargelegt wird?

Poschiavo, 18. Juni 2009

Brandenburger, Nigg, Barandun, Berther (Sedrun), Blumenthal, Bondolfi, Brüesch, Bucher-Brini, Buchli, Caduff, Casparis-Nigg, Casutt (Falera), Caviezel (Pitasch), Conrad, Donatsch, Gartmann-Albin, Giovanoli, Hardegger, Heinz, Jäger, Keller, Kessler, Kleis-Kümin, Koch, Märchy-Michel (Malans), Mengotti, Meyer Persili (Chur), Meyer-Grass (Klosters Dorf), Noi-Togni, Parolini, Pedrini, Peer, Peyer, Plozza, Portner, Ragetti, Rizzi, Sax, Stoffel, Tenchio, Thöny, Troncana-Sauer, Wettstein, Zanetti, Candinas (Disentis/Mustér), Gunzinger, Locher Benguerel, Zurfluh



Sitzung vom

1. September 2009

Mitgeteilt den

4. September 2009

Protokoll Nr.

860

Anfrage Brandenburger

betreffend Berggebietspolitik

Antwort der Regierung

Die künftige Berggebietspolitik wird im Wesentlichen vom Bund und den Kantonen gestaltet. Mit der Landwirtschaftspolitik und der seit 2008 in Kraft gesetzten neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) sind wesentliche Eckpfeiler definiert. Das kantonale Umsetzungsprogramm zur NRP zeigt im Detail die Strategien hinsichtlich einer zukunftsgerichteter Regionalförderung auf. Der Bündner Bauernverband hat im Jahr 2005 einen eigenen Strategiebericht erarbeitet. Die Regierung befasst sich seit längerem mit der angesprochenen Problematik der Berggebietspolitik und hat im RP 2009-2012 mit verschiedenen Leitlinien und Entwicklungsschwerpunkten entsprechende strategische Stossrichtungen festgelegt. Diese werden durch den Bericht zu den potenzialarmen Räumen nicht verändert.

1. Die Regierung teilt die Auffassung, dass die flächendeckende Bewirtschaftung des Kantons ein wichtiges Ziel bleiben muss. Mit Hilfe der NRP und der Landwirtschaftspolitik wird die Erreichung dieses Zieles unterstützt. Die bisherigen Programme zur Berggebietsförderung werden weitergeführt (Interreg IV C) oder durch die NRP abgelöst (IHG, RegioPlus) und das Regionalmanagement wird reorganisiert.

2. Der Kanton wird sich wie bisher dafür einsetzen, dass durch die Landwirtschaft eine flächendeckende Bewirtschaftung erreicht werden kann. Es muss aber eingeräumt werden, dass schwierig zu bewirtschaftende Gebiete gefährdet sind. Dies kann trotz zielgerichteter Beiträge des Bundes nicht gänzlich verhindert werden. Grösste Beachtung ist deshalb dem Erhalt und der Pflege einer nachhaltigen Kulturlandschaft zu schenken. Mit Meliorationsprojekten wird die notwendige Infrastruktur für eine effizientere Bewirtschaftung des Kulturlandes verbessert. Eine umfassende Erschliessung aller offenen Flächen ist aber nicht mehr opportun.

3. Die Regierung ist der Meinung, dass durch sichere und leistungsfähige Verkehrsträger in allen Regionen die Mobilität im Rahmen der verfügbaren Mittel - und mithin auch die Sicherstellung der dezentralen Besiedlung in unserem Kanton - für die Be-

völkerung und die Wirtschaft zu gewährleisten ist. Die Sicherstellung leistungsfähiger Verkehrsträger ist im Regierungsprogramm 2009-2012 als Entwicklungsschwerpunkt enthalten. Dies aus der Erkenntnis, dass die Mobilität - unabhängig der Gemeindestrukturen - die Grundfunktionen wie Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholen miteinander verknüpft.

4. Die Regierung bekräftigt ihre bisherige Haltung bezüglich Wahlverfahren und Wahlkreise, wonach jeder Kreis im Grossen Rat vertreten sein soll. Dies hat sie sowohl in ihrer Botschaft zur Teilrevision der Kantonsverfassung (Aufgabenteilung bei der Justiz; B 2008-2009, S. 455, 513 f.) als auch in ihren Zusatzerläuterungen dargelegt, da die Vertretung peripherer Gebiete im Grossen Rat ein wichtiges Element des Bündner Wahlsystems ist.

5. Die Gemeinden in den landwirtschaftlich geprägten peripheren Regionen werden bereits heute durch den geltenden Finanzausgleich sowie die verschiedenen Sektoralpolitik-Bereiche besonders unterstützt. Sie weisen mehrheitlich überdurchschnittlich hohe geografisch-topografisch bedingte Lasten auf. Durch die Bündner NFA werden mehr Mittel für die finanzielle Grundausstattung und die Abgeltung von geografisch-topografischen Sonderlasten eingesetzt. Gemeindezusammenschlüsse führen durch effizientere Strukturen und Autonomiegewinn ebenfalls zu einer Stärkung. Zudem können freigewordene personelle Ressourcen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung eingesetzt werden. Die Regierung sieht bewusst davon ab, Fusionen mit Auflagen hinsichtlich Konzeptentwicklungen zu verbinden.

6. Mit der Festlegung entsprechender Inhalte im Regierungsprogramm 2009-2012 hat die Regierung die strategischen Stossrichtungen als Basis für die Weiterentwicklung einer zukunftsgerichteten Berggebietspolitik gelegt. Die Grundlagen, Leitlinien und Entwicklungsschwerpunkte des Regierungsprogramms 2009-2012 sind gemeinsam mit dem Grossen Rat erarbeitet worden. Die grundlegenden Lösungsansätze im Bericht über die potenzialarmen Räume sollen mit zwei Pilotregionen auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden. Die Regierung erachtet die Erarbeitung eines weiteren Berichtes für eine umsetzungsorientierte Berggebietspolitik nicht als zielführend.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

H. Trachsel

Dr. C. Riesen

D U M O N D A

concernent la politica dal territori da muntogna

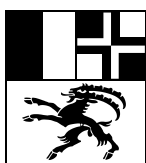
La publicaziun dals studis davart spazis cun pauc potenzial ha chaschunà malchapientschas e malsegirezzas en grondas parts da noss chantun. Quai, perquai ch'i vegnan messas en dumonda pitgas impurtantas da nossa politica vertenta dal territori da muntogna. Igl è fitg impurtant che la regenza fixeschia svelt ils puncts principals da sia politica futura dal territori da muntogna. Quests puncts na dastgan *betg* metter en dumonda la structura decentrala da l'abitadi e la cultivaziun da l'entir territori da noss chantun. Quai, perquai ch'il svilup futur da nossas regiuns da muntogna dependa decisivamain da la dumonda, sche la regenza è pronta da far tut per rinforzar la structura decentrala da l'abitadi e la cultivaziun da l'entir territori.

En quest senn vegn la regenza supplitgada da prender posiziun davart las suandantas dumondas:

1. È er la regenza da l'avis che la structura decentrala da l'abitadi e che la cultivaziun da l'entir territori da noss chantun sajan premissas per profilar noss chantun er en l'avegnir sco spazi da viver singular?
2. È er la regenza da l'avis ch'i stoppia vegnir fatg tut per garantir er en l'avegnir la structura decentrala da l'abitadi e la cultivaziun da l'entir territori da noss chantun? È ella pronta da s'engaschar per che la politica agrara da noss pajais garantisce questa finamira senza restricziuns, sco che quai è fixà en la constituziun federala?
3. È er la regenza da l'avis che l'avertura dals territoris abitads saja ina premissa impurtanta per garantir ina structura decentrala da l'abitadi en noss chantun? È la regenza pronta da s'engaschar er en l'avegnir per questa avertura almain en il rom vertent, e quai independentamain da fusiuns da vischnancas?
4. È la regenza pronta da s'engaschar per ch'ils territoris perifers da noss chantun sajan represchentads er en l'avegnir en ils gremis politics, sco il cussegl grond, e possian uschia far valair lur interess?
5. È la regenza pronta da s'engaschar per che las vischnancas sajan concepidas finanzialmain uschia, ch'ellas pon mantegnair lur funcziuns er en cas da structuradas decentralas? È er la regenza da l'avis che fusiuns portian mo avantatgs, sch'i vegnan sviluppass a medem temp concepts che garanteschin in rinforzament da las vischnancas periferas? Tge mesiras concretas prevesa la regenza eventualmain en quest connex?
6. È la regenza pronta da suttametter al cussegl grond uschè svelt sco pussaivel in rapport, en il qual ella preschenta sia strategia per ina politica dal territori da muntogna ch'è orientada al futur?

Puschlav, ils 18 da zercladur 2009

Brandenburger, Nigg, Barandun, Berther (Sedrun), Blumenthal, Bondolfi, Brüesch, Bucher-Brini, Buchli, Caduff, Casparis-Nigg, Casutt (Falera), Caviezel (Pitasch), Conrad, Donatsch, Gartmann-Albin, Giovanoli, Hardegger, Heinz, Jäger, Keller, Kessler, Kleis-Kümin, Koch, Märchy-Michel (Malans), Mengotti, Meyer Persili (Cuira), Meyer-Grass (Claustra Vitg), Noi-Togni, Parolini, Pedrini, Peer, Peyer, Plozza, Portner, Ragetti, Rizzi, Sax, Stoffel, Tenchio, Thöny, Troncana-Sauer, Wettstein, Zanetti, Candinas (Mustér), Gunzinger, Locher Benguerel, Zurfluh



Sesida dal

Communitgà ils

Protocol nr.

1. da settember 2009

4 da settember 2009

860

Dumonda Brandenburger

concernent la politica dal territori da muntogna

Resposta da la regenza

La politica futura dal territori da muntogna vegn concepida principalmain da la confederaziun e dals chantuns. Cun la politica agrara e cun la nova politica regiunala da la confederaziun (NPR), ch'è vegnida messa en vigur l'onn 2008, è vegnidas definidas pitgas impurtantas. Il program chantunal da realisaziun tar la NPR mussa ils detagls da las strategias per ina promoziun regiunala ch'è orientada al futur. L'uniun purila grischuna ha elavurà l'onn 2005 in agen rapport da strategia. La regenza s'occupa gia dapi daditg cun la problematica da la politica dal territori da muntogna, che vegn tematisada en la dumonda, ed ha fixà strategias correspundentas en ses program 2009-2012 cun differentas directivas e cun divers puncts centrals da svilup. Questas strategias na vegnan betg midadas tras il rapport davart spazis cun pauc potenzial.

1. Er la regenza è da l'avis che la cultivaziun da l'entira surfatscha dal chantun stoppia restar ina finamira impurtanta. La NPR e la politica agrara gidan a cuntanscher questa finamira. Ils programs vertents per la promoziun da la regiun da muntogna vegnan mantegnids (interreg IV C) u remplazzads tras la NPR (lescha federala davart agids d'investiziun per territoris da muntogna [LIM], RegioPlus) ed il manaschament regiunal vegn reorganisà.

2. Il chantun vegn a s'engaschar sco fin ussa, per ch'i possa vegnir cuntanschida – tras l'agricultura – ina cultivaziun da l'entira surfatscha dal chantun. I sto dentant vegnir concedì che territoris difficils da cultivar èn periclitads. Malgrà contribuziuns intenziunadas da la confederaziun na po quai betg vegnir evità dal tuttafatg. Perquai sto vegnir dada fitg gronda atenziun al mantegniment ed a la tgira d'ina cuntrada cultivada persistente. Cun projects da meglieraziun vegn optimada l'infrastructura ch'è necessaria per ina cultivaziun pli effizienta dal terren cultivà. In'avertura cumplexiva da tut las surfatschas avertas n'è dentant betg pli opportuna.

3. La regenza è da l'avis che la mobilitad – ed uschia er la structura decentrala da l'abitadi en noss chantun – stoppia vegnir garantida per la populaziun e per l'economia tras meds da traffic segirs ed effizients en tut las regiuns en il rom dals meds finanzials disponibels. La garanzia da meds da traffic effizients è cuntegnida en il program da la regenza 2009-2012 sco punct central da svilup. Quai sin basa da l'experience che la mobilitad collia ina cun l'autra las funcziuns da basa sco l'abitar, la lavur, il provediment e la recreaziun – independentamain da las structuras communalas.

4. La regenza conferma sia tenuta vertenta areguard la procedura electorala ed areguard ils circuls electorals, tenor la quala mintga circul duai esser represchentà en il cussegl grond. Quai ha ella declerà tant en sia missiva tar la revisiun parziala da la constituziun chantunala (detretschament da las incumbensas giudizialas; M 2008-2009, p. 455, 513 s.) sco er en sias explicaziuns supplementaras, perquai che la represchentanza da territoris perifers en il cussegl grond è in element impurtant dal sistem electoral grischun.

5. Las vischnancas en las regiuns periferas agriculas survegnan gia oz in sustegn spezial tras la gulivaziun da finanzas vertenta sco er tras ils differents champs da la politica sectoriala. Ellas han per gronda part grevezzas geografic-topograficas che sa chattan lunsch sur la media. Tras la NGF grischuna vegnan applitgads dapli meds finanzials per la dotaziun finanziaria da basa e per la cumpensaziun da grevezzas spezialas geografic-topograficas. Fusiuns da vischnancas portan – tras structuras pli effizientas e tras dapli autonomia – medemamain in rinforz. Plinavant pon resursas personalas libras vegnir engaschadas per il svilup economic. La regenza desista sapientivamain da colliar fusiuns cun cundiziuns concernent il svilup da concepts.

6. Fixond cuntegns correspundents en ses program 2009-2012, ha la regenza determinà las strategias sco basa per sviluppar vinavant ina politica dal territori da muntogna ch'è orientada al futur. Las basas, las directives ed ils puncts centrals da svilup dal program da la regenza 2009-2012 èn vegnids elavurads ensemen cun il cussegl grond. La realisabladad da las propostas da soluziun fundamentalas dal rapport davart ils spazis cun pauc potenzial duai vegnir examinada en duas regiuns da pilot. La regenza è da l'avis ch'i na saja betg cunvegnent d'elavurar in ulteriur rapport per ina politica dal territori da muntogna ch'è orientada a la realisaziun.



En num da la regenza

Il president:

Il chancelier:

H. Trachsel

dr. C. Riesen

I N T E R P E L L A N Z A

concernente la politica per le zone di montagna

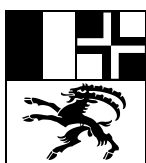
La pubblicazione degli studi sulle zone a scarso potenziale ha creato incomprensione e insicurezza in ampie parti del nostro Cantone. Questo perché vengono messi in discussione importanti pilastri della nostra attuale politica per le zone di montagna. È molto importante che il Governo stabilisca rapidamente i punti cardine della sua futura politica per le zone di montagna. Questi *non* devono mettere in discussione l'insediamento decentralizzato e la gestione dell'intero territorio del nostro Cantone. Ciò, perché il futuro sviluppo delle nostre regioni di montagna dipende in modo fondamentale dalla disponibilità del Governo a fare di tutto per consolidare l'insediamento decentralizzato e la gestione dell'intero territorio.

In questo senso si prega il Governo di prendere posizione in merito alle seguenti domande:

1. Il Governo condivide l'opinione secondo cui l'insediamento decentralizzato e la gestione dell'intero territorio del nostro Cantone sono condizioni per profilare il nostro Cantone quale spazio vitale unico anche in futuro?
2. Il Governo condivide l'opinione secondo cui si deve fare di tutto per garantire anche in futuro la gestione dell'intero territorio del nostro Cantone attraverso l'agricoltura? È disposto a impegnarsi affinché la politica agricola del nostro Paese garantisca senza limitazioni questo obiettivo, così come stabilito dalla Costituzione federale?
3. Il Governo condivide l'opinione secondo cui l'urbanizzazione delle zone insediate costituisce un presupposto importante per garantire un insediamento decentralizzato nel nostro Cantone? Il Governo è disposto a impegnarsi anche in futuro almeno nella misura attuale per questa urbanizzazione, indipendentemente dalle aggregazioni comunali?
4. Il Governo è disposto a impegnarsi affinché le zone periferiche del nostro Cantone siano adeguatamente rappresentate anche in futuro in seno agli organi politici come il Gran Consiglio e che possano così formulare le loro richieste?
5. Il Governo è disposto a impegnarsi affinché i comuni dispongano di una struttura finanziaria tale da permettere loro di mantenere le loro funzioni anche in caso di struttura decentralizzata? Il Governo condivide l'opinione secondo cui le aggregazioni sono utili soltanto se vengono contemporaneamente sviluppati dei piani che garantiscano il consolidamento dei comuni periferici? Quali eventuali misure concrete prevede il Governo per questo settore?
6. Il Governo è disposto a sottoporre il più presto possibile al Gran Consiglio un rapporto nel quale viene presentata la sua strategia per una politica per le zone di montagna orientata al futuro?

Poschiavo, 18 giugno 2009

Brandenburger, Nigg, Barandun, Berther (Sedrun), Blumenthal, Bondolfi, Brüesch, Bucher-Brini, Buchli, Caduff, Casparis-Nigg, Casutt (Falera), Caviezel (Pitasch), Conrad, Donatsch, Gartmann-Albin, Giovanoli, Hardegger, Heinz, Jäger, Keller, Kessler, Kleis-Kümin, Koch, Märchy-Michel (Malans), Mengotti, Meyer Persili (Coira), Meyer-Grass (Klosters Dorf), Noi-Togni, Parolini, Pedrini, Peer, Peyer, Plozza, Portner, Ragetti, Rizzi, Sax, Stoffel, Tenchio, Thöny, Troncana-Sauer, Wettstein, Zanetti, Candinas (Disentis/Mustér), Gunzinger, Locher Benguerel, Zurfluh



Seduta del

1° settembre 2009

Comunicata il

4 settembre 2009

Protocollo n.

860

Interpellanza Brandenburger

concernente la politica per le zone di montagna

Risposta del Governo

La futura politica per le zone di montagna viene essenzialmente decisa da Confederazione e Cantoni. Con la politica agraria e con la nuova politica regionale della Confederazione (NPR), in vigore dal 2008, sono stati definiti dei pilastri importanti. Il programma di attuazione cantonale della NPR illustra in dettaglio le strategie relative a una promozione regionale orientata al futuro. Nel 2005, l'Unione grigionese dei contadini ha elaborato un proprio rapporto strategico. Il Governo si occupa da diverso tempo della problematica della politica per le zone di montagna e nel programma di Governo 2009-2012 ha stabilito gli orientamenti strategici in tal senso con diverse linee guida e punti centrali di sviluppo. Questi orientamenti strategici non verranno modificati con il rapporto relativo alle zone a scarso potenziale.

1. Il Governo condivide l'opinione secondo cui la gestione dell'intero territorio del Cantone deve rimanere un obiettivo importante. Il raggiungimento di questo obiettivo viene sostenuto con l'aiuto della NPR e della politica agraria. Gli attuali programmi per la promozione delle zone di montagna verranno mantenuti (Interreg IV C) oppure sostituiti dalla NPR (LIM, RegioPlus), mentre il management regionale sarà riorganizzato.

2. Il Cantone si impegnerà come finora affinché con l'agricoltura possa essere raggiunta una gestione dell'intero territorio. Si deve però ammettere che le zone difficili da gestire sono minacciate; situazione non del tutto evitabile, nonostante i contributi mirati della Confederazione. La massima attenzione va perciò prestata alla conservazione e alla cura di un paesaggio rurale sostenibile. Con progetti di bonifica fondiaria viene migliorata l'infrastruttura necessaria per una gestione più efficiente del paesaggio rurale. Non è però più opportuno l'allacciamento di tutte le superfici aperte.

3. Il Governo è dell'opinione che, in tutte le regioni, la mobilità per la popolazione e l'economia vada garantita con vettori di trasporto sicuri e capaci nei limiti dei mezzi a

disposizione, garantendo così anche l'insediamento decentralizzato nel nostro Cantone. La garanzia di vettori di trasporto capaci è contenuta nel programma di Governo 2009-2012 quale punto centrale di sviluppo. Questo in considerazione del fatto che la mobilità, indipendentemente dalle strutture comunali, unisce tra loro le funzioni di base come alloggio, lavoro, approvvigionamento e svago.

4. Il Governo ribadisce la posizione tenuta finora per quanto riguarda il sistema elettorale e i circondari elettorali, secondo la quale ogni circolo deve essere rappresentato in Gran Consiglio. Questa posizione è stata illustrata sia nel messaggio relativo alla revisione parziale della Costituzione cantonale (dissociazione dei compiti giudiziari; M 2008-2009, p. 455, 513 seg.) sia nelle spiegazioni supplementari, poiché la rappresentanza in Gran Consiglio delle aree periferiche è un elemento importante del sistema elettorale grigionese.

5. I comuni nelle regioni periferiche caratterizzate dall'agricoltura vengono già oggi sostenuti in modo particolare tramite la perequazione finanziaria in vigore e le diverse politiche settoriali. Gli oneri geo-topografici della maggior parte di questi comuni sono nettamente superiori alla media. Con la NPC grigionese verranno impiegati più mezzi per la dotazione finanziaria di base e per la compensazione di oneri geo-topografici straordinari. Anche le aggregazioni di comuni portano a un rafforzamento, ciò grazie a strutture più efficienti e a una maggiore autonomia. Inoltre, le risorse di personale che si liberano possono venire impiegate per lo sviluppo economico. Il Governo rinuncia volutamente a vincolare le aggregazioni a condizioni relative allo sviluppo di programmi.

6. Stabilendo i relativi contenuti nel programma di Governo 2009-2012, il Governo ha posto gli orientamenti strategici quale base per lo sviluppo di una politica per le zone di montagna orientata al futuro. Le basi, le linee direttive e i punti centrali di sviluppo del programma di Governo 2009-2012 sono stati elaborati insieme al Gran Consiglio. L'attuabilità degli approcci di soluzione fondamentali presentati nel rapporto sulle zone a scarso potenziale dovrà essere esaminata con due regioni pilota. Il Governo non ritiene opportuna l'elaborazione di un ulteriore rapporto per una politica per le zone di montagna orientata all'attuazione.



In nome del Governo

Il Presidente:

H. Trachsel

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen